

BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM  
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH  
Postfach 100545, 35335 Gießen  
www.irh-info.de



## **„Kundgebung**

**„Gemeinsam gegen die israelische Politik der Blockade, Vertreibung, Besatzung und Expansion“**

**Sonntag, 14. Juni 2026, RÖMERBERG FARANKFURT am MAIN**

**Rede von Ramazan Kuruyüz, Vorsitzender der IRH**

Bismil-lahir-rahmanir-rahim

Mit dem Namen Allahs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen

As-salamu aleikum wa rahmatullah! Friede und Gnade ALLAHs mögen auf euch sein!

Liebe Geschwister,

liebe Freundinnen und Freunde des Friedens, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit,

im Namen der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen heiÙe ich euch alle herzlich willkommen.

Eure Anwesenheit ist ein Zeichen der Menschlichkeit.

Eure Anwesenheit ist ein Zeichen der Solidarität.

Eure Anwesenheit ist ein Zeichen dafür, dass wir nicht bereit sind, angesichts von Unrecht, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen zu schweigen.

Heute stehen Menschen im Mittelpunkt, die den Mut hatten, nicht wegzusehen.

Menschen, die bereit waren, persönliche Risiken auf sich zu nehmen, um humanitäre Hilfe nach Gaza zu bringen und den Menschen dort ihre Solidarität zu zeigen.

Deshalb möchte ich zunächst unseren Gästen von Herzen danken:

Zohar Chamberlain Regev,

Hakan Kaya,

Johannes Happel,

Engin Dogan

und Dr. Abdurrahim Kutlucan.

Sie alle haben Verantwortung übernommen.

Sie alle haben Menschlichkeit gezeigt.

Sie alle haben bewiesen, dass Mitgefühl stärker sein kann als Gleichgültigkeit.

Bitte begrüßen wir unsere Gäste mit einem herzlichen Applaus!

Liebe Freundinnen und Freunde,

unsere heutige Kundgebung steht unter einer einfachen, aber zugleich erschütternden Frage:

„Wenn schon internationale Friedensaktivisten der Global Sumud Flotilla so rechtswidrig und menschenunwürdig behandelt und gedemütigt wurden – wie ergeht es dann erst den Palästinensern in Gaza und in israelischen Gefängnissen?“

Genau diese Frage müssen wir uns heute stellen.

Die Aktivistinnen und Aktivisten der Global Sumud Flotilla trugen keine Waffen.

Sie trugen Gewissen.

Sie verbreiteten keinen Hass.

Sie verkörperten Menschlichkeit.

Sie suchten keine Konfrontation.

Sie suchten Gerechtigkeit.

Sie brachten keine Gewalt.

Sie brachten Hoffnung.

Sie wollten keine Menschen töten.

Sie wollten Menschen helfen.

Sie wollten keine Schlagzeilen produzieren.

Sie wollten das Schweigen über Gaza durchbrechen.

Ihre Botschaft an die Welt war klar:

Schaut hin!

Schweigt nicht!

Vergesst Gaza nicht!

Sie wollten humanitäre Hilfe ermöglichen.

Sie wollten verhindern, dass Hunger, Blockade und Völkermord zur Normalität werden.

Sie wollten das Leiden der Kinder sichtbar machen.

Sie wollten die Würde der Menschen schützen.

Sie wollten das Völkerrecht verteidigen.

Sie wollten den Vergessenen eine Stimme geben.

Sie wollten die Welt daran erinnern:

Menschenrechte gelten auch für die Menschen in Gaza.

Sie riskierten ihre Freiheit.

Sie riskierten ihre Sicherheit.

Sie riskierten sogar ihr Leben.

Nicht für persönliche Vorteile.

Nicht für Ruhm.

Nicht für politische Macht.

Sondern aus Mitgefühl.

Aus Verantwortung.

Aus Solidarität.

Aus dem tiefen Glauben daran, dass jedes Menschenleben zählt.

Doch was geschah?

Sie wurden festgenommen.

Sie wurden schikaniert.

Sie wurden gedemütigt.

Sie wurden öffentlich erniedrigt.

Die Bilder davon haben viele Menschen erschüttert.

Und genau hier stellt sich die Frage unserer heutigen Kundgebung:

Wenn bereits unbewaffnete Friedensaktivisten, Ärzte, Menschenrechtsverteidiger und humanitäre Helfer so behandelt werden – wie ergeht es dann erst den Menschen in Gaza?

Wie ergeht es den Familien, die seit Jahren unter Blockade leben?

Wie ergeht es den Kindern, die Hunger, Bomben, Angst und Vertreibung erleben?

Wie ergeht es den Kranken, denen Medikamente fehlen?

Wie ergeht es den Müttern und Vätern, die jeden Tag um das Überleben ihrer Kinder kämpfen?

Wie ergeht es den Tausenden Palästinensern in israelischen Gefängnissen?

Wie ergeht es einer Bevölkerung, deren Leid oft nicht gesehen und deren Stimme oft nicht gehört wird?

Genau deshalb sind wir heute hier.

Um hinzuschauen.

Um zuzuhören.

Um Zeugnis abzulegen.

Um das Schweigen zu durchbrechen.

Und um gemeinsam zu sagen:

Menschenwürde kennt keine Nationalität.

Menschenrechte kennen keine Grenzen.

Völkerrecht gilt für alle Menschen und für alle Staaten.

Solidarität ist stärker als Gleichgültigkeit.

Und Menschlichkeit darf niemals von Herkunft, Religion oder Nationalität abhängig gemacht werden.

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Lage im Gazastreifen ist nicht einfach nur schwierig.

Sie ist nicht einfach nur angespannt.

Wir erleben seit dem 7. Oktober 2023 eine humanitäre Katastrophe historischen Ausmaßes.

Seit mehr als anderthalb Jahren sehen wir Bilder, die sich tief in das Gewissen der Menschheit eingebrannt haben.

Mindestens 75.000 Menschen in Gaza wurden getötet, darunter zwei Drittel Kinder und Frauen.

Hunderttausende Menschen wurden verletzt, verstümmelt oder für ihr Leben traumatisiert.

Zehntausende Kinder verloren ihre Eltern.

Eine ganze Generation wächst unter Bomben, Angst, Hunger und Vertreibung auf.

Ganze Familien wurden ausgelöscht.

Wohnviertel wurden dem Erdboden gleichgemacht.

Schulen, Universitäten, Moscheen, Kirchen und Flüchtlingslager wurden zerstört.

Krankenhäuser wurden angegriffen, beschädigt oder funktionsunfähig gemacht.

Ärztinnen und Ärzte operieren unter Bedingungen, die kaum vorstellbar sind.

Es fehlt an Medikamenten.

Es fehlt an medizinischen Geräten.

Es fehlt an Strom.

Es fehlt an sauberem Wasser.

Es fehlt an Nahrung.

Kinder leiden unter schwerer Mangelernährung.

Kranke Menschen sterben, weil ihnen die notwendige Behandlung verweigert wird.

Alte Menschen sterben an Erschöpfung, Hunger und fehlender Versorgung.

Menschen schlafen in Zelten, zwischen Trümmern oder unter freiem Himmel.

Millionen Menschen wurden mehrfach vertrieben.

Und das Schlimmste:

Eine ganze Bevölkerung wird kollektiv bestraft.

Fast die gesamte Bevölkerung Gazas ist von Genozid, Vertreibung, Hunger und Not betroffen.

Humanitäre Hilfe wird eingeschränkt oder kommt nur unzureichend bei den Menschen an.

Internationale Organisationen warnen seit Monaten vor Hunger, Krankheiten und dem Zusammenbruch der gesamten zivilen Infrastruktur.

Was wir in Gaza sehen, ist nicht nur eine humanitäre Krise.

Es ist eine moralische Katastrophe für die gesamte Menschheit.

Und genau deshalb stehen wir heute hier.

Nicht aus Hass.

Nicht aus Fanatismus.

Nicht gegen Menschen aufgrund ihrer Religion oder Herkunft.

Sondern aus Mitgefühl.

Aus Verantwortung.

Aus Menschlichkeit.

Und aus der Überzeugung, dass die Würde jedes Menschen unantastbar ist.

Die Würde eines palästinensischen Kindes ist genauso unantastbar wie die Würde jedes anderen Kindes auf dieser Welt.

Wer die Menschenwürde ernst nimmt, darf bei diesem Leid nicht schweigen.

Wer die Menschenrechte ernst nimmt, darf nicht wegsehen.

Und wer das Völkerrecht ernst nimmt, muss fordern, dass es für alle Menschen und für alle Staaten gleichermaßen gilt.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir erleben seit Jahren, dass Kritik an der Politik der israelischen Regierung häufig nicht sachlich beantwortet wird.

Statt über Besatzung zu sprechen, wird die Debatte verschoben.

Statt über Siedlungspolitik zu sprechen, wird die Debatte verschoben.

Statt über Vertreibung und Gewalt gegen Zivilisten zu sprechen, wird die Debatte verschoben.

Statt über das Leid der Opfer zu sprechen, wird plötzlich über Antisemitismus gesprochen.

Statt über zerstörte Krankenhäuser zu sprechen, wird plötzlich über Antisemitismus gesprochen.

Statt über getötete Kinder zu sprechen, wird plötzlich über Antisemitismus gesprochen.

Statt über Hunger, Vertreibung und die Missachtung des Völkerrechts zu sprechen, wird plötzlich über Antisemitismus gesprochen.

Wir sagen heute ganz klar:

Der Kampf gegen Antisemitismus bleibt eine moralische und historische Verpflichtung unseres Landes.

Antisemitismus ist ein Angriff auf die Menschenwürde und muss überall entschieden bekämpft werden.

Aber der Kampf gegen Antisemitismus darf niemals dazu missbraucht werden, Kritik an Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen oder staatlichem Handeln zu unterdrücken.

Kritik an einer Regierung oder an einem Staat ist kein Antisemitismus.

Die Verteidigung des Völkerrechts ist kein Antisemitismus.

Die Verteidigung der Menschenwürde ist kein Antisemitismus.

Die Verteidigung der Rechte der Palästinenser ist kein Antisemitismus.

Und die Solidarität mit den Opfern von Krieg, Vertreibung und Unterdrückung ist kein Antisemitismus.

Liebe Freundinnen und Freunde,

besonders kritisch sehen wir die Haltung der Bundesregierung.

Wie kann ein demokratischer Rechtsstaat, der sich auf Menschenrechte, Menschenwürde und Völkerrecht beruft, weiterhin an einer Politik der uneingeschränkten Solidarität mit Israel festhalten?

Wie kann Deutschland von anderen Staaten die Einhaltung des Völkerrechts verlangen, während offensichtliche Verstöße Israels kaum politische Konsequenzen haben?

Und wie kann Deutschland die Unantastbarkeit der Menschenwürde betonen, während Millionen Menschen in Gaza und Palästina ihrer grundlegenden Rechte beraubt werden?

Diese Fragen stellen sich heute immer mehr Menschen in Deutschland und weltweit.

Besonders bemerkenswert ist, dass inzwischen selbst enge westliche Partner Israels Konsequenzen ziehen. Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland und Norwegen haben Sanktionen gegen die israelischen Minister Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich verhängt. Sie begründen diesen Schritt mit extremistischen Äußerungen, der Unterstützung von Vertreibungspolitik, dem Ausbau illegaler Siedlungen und schwerwiegenden Verstößen gegen die Rechte der Palästinenser.

Wenn andere demokratische Staaten den Mut haben, klare Konsequenzen zu ziehen, dann muss auch Deutschland den Mut finden, seine bisherige Politik kritisch zu überprüfen.

Wir erwarten von der Bundesregierung keine Parteinahme für Israelis oder Palästinenser.

Wir erwarten etwas viel Einfacheres:

Die gleiche Anwendung von Recht und Moral auf alle.

Die gleiche Achtung der Menschenrechte für alle.

Die gleiche Achtung der Menschenwürde für alle.

Und die gleiche Geltung des Völkerrechts für alle.

Deutschland darf nicht mit zweierlei Maß messen.

Deutschland muss auf der Seite des Rechts, der Menschenwürde und des Friedens stehen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir sagen heute als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen ganz klar:

Wir werden nicht schweigen.

Wir werden nicht nachgeben.

Wir werden unsere Stimme weiter erheben.

Wir werden unsere Kundgebungen und Demonstrationen fortsetzen.

Wir werden weitermachen, bis diese humanitäre Katastrophe beendet ist.

Wir werden weitermachen, bis das Leiden der Menschen in Gaza endet.

Wir werden weitermachen, bis die Blockade endet.

Wir werden weitermachen, bis Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit Wirklichkeit werden.

Wir werden Gaza nicht vergessen.

Wir werden Palästina nicht vergessen.

Und wir werden uns von niemandem einschüchtern lassen.

Unsere Kraft liegt nicht in Waffen.

Unsere Kraft liegt nicht in Macht.

Unsere Kraft liegt in Wahrheit, Menschlichkeit, Solidarität und Beharrlichkeit.

Liebe Freundinnen und Freunde,

lasst uns heute aufmerksam zuhören.

Lasst uns die Berichte unserer Gäste hören.

Lasst uns die Erfahrungen der Friedensaktivisten und des Arztes hören, die das Leid der Menschen mit eigenen Augen gesehen haben.

Und lasst uns gemeinsam ein deutliches Zeichen setzen:

Für Menschenwürde.

Für Völkerrecht.

Für Solidarität.

Für Frieden.

Für Freiheit.

Für Gerechtigkeit.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Freiheit für Palästina.

Frieden für den Nahen Osten.

Und Frieden für alle Menschen.